

Verheerende Folgen des Hochwassers in Jakarta

Die Überschwemmungen in der Hauptstadt Indonesiens im Februar 2007 haben verheerende Schäden angerichtet. Mindestens 80 Menschen starben in Folge der Hochwasserkatastrophe, Tausende wurden obdachlos. Straßen wurden durch die teilweise meterhohen Fluten unpassierbar, vielerorts kam der Verkehr streckenweise zum Erliegen. Viele Menschen waren von sauberer Trinkwasserversorgung abgeschnitten, in den provisorischen Unterkünften fehlen sanitäre Anlagen. Die Folge ist, dass nun nach dem Rückgang der Fluten die Anzahl der Erkrankungen mit Diarrhö und Dengue-Fieber rasant ansteigt. In diesem Jahr starben bereits zwölf Menschen in Jakarta an Dengue-Fieber. Die Krankenhäuser der Hauptstadt sind überlastet und haben zusätzliche medizinische Kräfte und Medikamente angefordert. Zudem ist man besorgt, dass sich die schlimmstenfalls tödliche, durch Ratten übertragene Leptospirose schneller verbreiten könnte.

Auch für die Wirtschaft ist das Hochwasser ein heftiger Schlag. Nach Schätzungen von Industrieminister Fahmi Idris hatte der industrielle Sektor Einbußen von 400 Millionen US-Dollar infolge der Überschwemmungen. Maschinen, Rohmaterialien und fertige Produkte wurden durch die Fluten zerstört. Investoren sollen laut Agus Supriyanto, dem geschäftsführenden Direktor der Nationalen Zollfreien Zone, über 29 Millionen US-Dollar verloren haben. Fahmi Idris erklärte, er werde bis März oder April versuchen, einen Weg

aus der Krise zu finden. Er betonte, er wolle vermeiden, dass Investoren Indonesien aufgrund der Hochwasserkatastrophe verließen. Hochwasserkatastrophen sind nichts Neues für die indonesische Hauptstadt. Schon vor fünf Jahren hatten tagelange Überschwemmungen mehrere Dutzend Tote gefordert. Jakartas umstrittenen Gouverneur Sutiyoso bewog dies zu der Aussage, man habe es hier offenbar mit einem Naturphänomen zu tun, das sich alle fünf Jahre wiederhole. Doch das soll nur von seinem eigenen Versagen ablenken. Denn die diesjährige Flutkatastrophe geht nicht nur auf natürliche Ursachen zurück. Ein wesentlicher Grund ist auch die Rodung der indonesischen Regenwälder, die weiterhin rasant vorschreitet. Forderungen von Umweltschützern, mit der Natur sorgfältiger umzugehen, bleiben seit Jahren unbeachtet. Die Politik begnügt sich weitgehend mit Schuldzuweisungen. So machte Umweltminister Rachmat Witoelar beispielsweise Mängel in der Stadtplanung für die Katastrophe verantwortlich und schob damit den schwarzen Peter der Stadtverwaltung zu, die trotz ökologischer Bedenken immer wieder den Bau neuer Siedlungen genehmige. Solange diese Schuldzuweisungen anhalten und kein wirkliches Umdenken stattfindet, wird man sich in Jakarta wohl in den kommenden Jahren auf weitere Hochwasserkatastrophen einstellen müssen.

vgl. The Jakarta Post, 5. 2.07, 15. 2.07, Suarapembaruan.com, 14. 2.07, Kompas, 10. 2.07

Indonesien will Straße von Malakka sichern

Verteidigungsminister Juwono Sudarsono sagte, dass Indonesien US-Hilfe benötige, um die Gewässer der Malakka-Straße zu sichern. Die Malakka-Straße ist dafür bekannt, dass auf ihr immer wieder Schiffe von Piraten angegriffen werden, speziell im Gebiet um die Riau-Inseln. Auch Schmuggler nutzen die Malakka-Straße intensiv für ihre Geschäfte. Anlässlich eines Treffens mit US-Generalstabschef Peter Pace am 13.2.2007 in Jakarta sagte Sudarsono, US-Hilfe sei der Übertragung einer Vollmacht vorzuziehen. Die Unterstützung sei notwendig, um die indonesische Marine zu stärken. »Das wird uns ein stärkeres Gefühl von Souveränität geben«, so der Minister. Am 12. Februar war Sudarsono mit Admiral Eiji Yoshikawa zusammengetroffen, dem Stabschef der japanischen Marine. In ihrem gemeinsamen Gespräch erörterten sie, wie die Malakka-Straße zukünftig besser gesichert werden kann. Japan ist besonders an einer Stabilisierung der Lage interessiert, da fast alle japanischen Handelsschiffe die Malakka-Straße passieren müssen.

Mit General Pace diskutierte Sudarsono außerdem künftige Möglichkeiten militärischer Partnerschaft zwischen Indonesien und den USA. Bezüglich militärischer Zusammenarbeit sagte Präsidentensprecher Dino Patti Djalal, dass dieses Jahr 57 Soldaten in die USA entsandt werden, um am Internationalen Militärischen Ausbildungsprogramm (IMET) teilzunehmen. Der Präsident, so der Sprecher, erwarte eine neue Dimension in der militärischen Partnerschaft mit den USA, insbesondere im Hinblick auf humanitäre Belange. Er bezog sich auf die Zusammenarbeit zwischen dem indonesischen und dem US-amerikanischen Militär in Aceh nach dem Tsunami, die er als erfolgreiche humanitäre Partnerschaft einstufte.

vgl. The Jakarta Post, 15. 2.07

nachrichten

Religiöser Rückhalt für Familienplanung

Muslimische Führer wurden am 13.2.2007 aufgefordert, sich für eine Revitalisierung des nationalen Familienplanungsprogramms einzusetzen, das während der Neuen Ordnung erfolgreich gewesen, aber nach der Reformära in Vergessenheit geraten sei. Sugiri Syarif, Vorsitzender der Nationalen Agentur für Koordination der Familienplanung (BKKBN), sagte, der Erfolg des Familienplanungsprogramms hänge maßgeblich von der Involvierung religiöser Führer ab.

»Religiöse Führer spielen eine zentrale Rolle innerhalb der Gemeinschaft. Sie sind Vorbilder für das Volk. Das Volk hört auf ihre Ansichten und folgt ihnen«, sagte er in Sanur, Bali, anlässlich der Internationalen Konferenz Muslimischer Führer.

Muslimische Organisationen, speziell die Nahdlatul Ulama (NU) und die Muhammadiyah, die beiden größten Organisationen des Archipels, haben bereits in den 1960er Jahren Edikte zur Familienplanung erlassen. Ein Edikt, der 1983 während einer nationalen Konferenz islamischer Gelehrter erlassen worden war, besagt, dass der Islam Familienplanung unterstützt, um die Gesundheit von Müttern und Kindern zu schützen.

Bei der dreitägigen Konferenz auf Bali, die am 13. Februar von Religionsminister Maftuh Basyuni eröffnet wurde, nahmen 125 muslimische Führer aus 14 Ländern teil, ebenso wie Repräsentanten

aus den Provinzen, internationale Organisationen und Geberinstitutionen. Die Konferenz diente dazu, einen Aktionsplan hervorzubringen, der muslimische Führer bei ihren Bemühungen unterstützt, die Themenfelder Bevölkerung und Entwicklung in ihren jeweiligen Gemeinschaften zu fördern. Sie war eine Gemeinschaftsinitiative der Regierung, der Nationalen Institution zur Familien-Planung (BKKBN), dem Bevölkerungsfond der Vereinten Nationen (UNPA) und der Internationalen Konferenz Islamischer Gelehrter (ICIS).

Nasarudin Umar, Generaldirektor für gemeinschaftliche Führung im Ministerium für religiöse Angelegenheiten, betonte ebenfalls, dass ein nationales Familienplanungsprogramm ohne die Unterstützung religiöser Führer nicht denkbar sei. Er sagte, eine solche Unterstützung sei notwendig, um denjenigen entgegenzutreten, die »religiöse Argumente benutzen, um Familienplanung abzulehnen und auf ihrer diskriminierenden Sichtweise (gegen Frauen) beharren.«

Seit der Reformära haben muslimische Führer eine weniger aktive Rolle in Familienplanungsprogrammen gespielt und weniger Predigten über dieses Thema in Moscheen und öffentlichen Versammlungen gehalten. M. Rozy Munir, der Vizevorsitzende der NU, räumte ein, dass Familienplanung von religiösen Führern zu selten öffentlich angesprochen

werde. Hasyim Muzadi, NU-Vorsitzender, erklärte, die Prediger der Organisation hätten Familienplanung jahrelang gefördert, hätten ihren Fokus aber dahingehend verschoben, dass sie nun anstelle von Predigten Bücher zu diesem Thema publizieren.

»Für unsere Predigten in den Moscheen fokussieren wir uns auf Themen wie Toleranz, Harmonie und Einheit und ermutigen die Menschen, angesichts der Katastrophen stark zu sein«, sagte er.

A. Azis, Direktor des Bevölkerungsfonds Asien-Pazifik, sagte, das Beispiel mehrerer muslimischer Länder zeige, dass patriarchalische kulturelle Normen und die Fehlinterpretation religiöser Lehren Hindernisse bei der Implementierung von Programmen zu Bevölkerung, Gender-Fragen und reproduktiver Gesundheit darstellten. Diese Probleme könnten laut Azis überwunden werden, indem man die religiösen Führer mit notwendigen Informationen versorgt und sie mit politischen Entscheidungsträgern und Programm-Managern zusammenbringt. Muslimische Führer hätten als Akteure des Wandels gedient, indem sie öffentlich über schädliche traditionelle Praktiken in Bangladesch und Nigeria gesprochen hätten, so Azis. Sie seien die treibende Kraft für Familienplanungsprogramme im Iran, in Ägypten, Thailand, den Süd-Philippinen und Indonesien.

vgl. The Jakarta Post, 15. 2.07

Kampf gegen Vogelgrippe

Die UNICEF wird 3,5 Millionen US-Dollar investieren, um eine weitere Ausbreitung der Vogelgrippe zu verhindern. Nach Angaben von UNICEF sind in Indonesien bisher 63 Menschen der Vogelgrippe zum Opfer gefallen. Der Vorsitzende der UNICEF für Zentral-Java, sagte, die finanzielle Unterstützung sei für 2007 bereitgestellt und werde von der Regie-

rung schnellstmöglich verteilt. Made räumte jedoch ein, die Hilfe der UNICEF mache nur den geringsten Teil im Kampf gegen die Ausbreitung der Vogelgrippe aus. Vielmehr sei die Art und Weise, wie die Regierung Ressourcen und Gelder mobilisiere, von entscheidender Bedeutung für die Effizienz bei der Eindämmung der Seuche.

The Jakarta Post, 14. 2.07